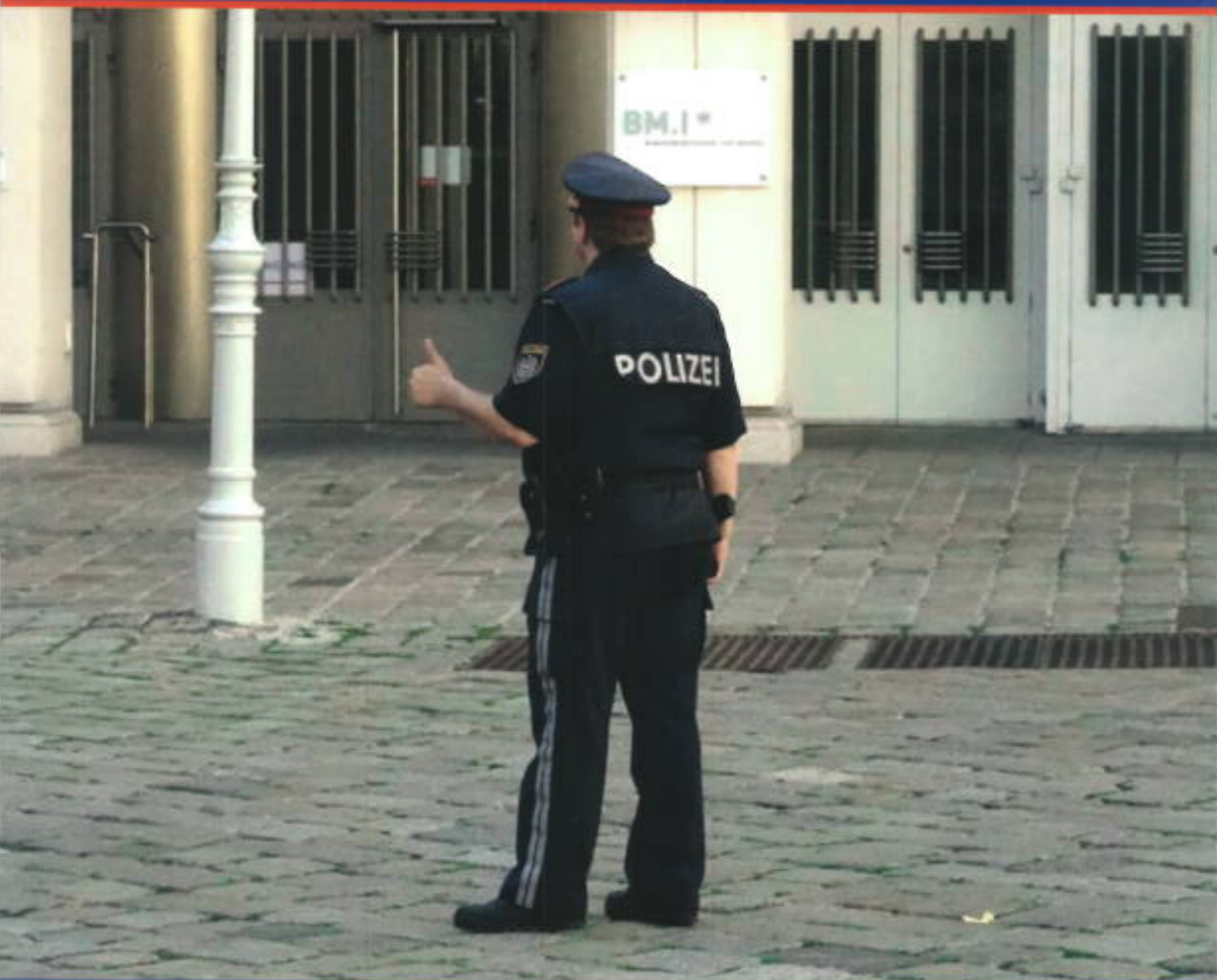


Blau Licht

Nr. 58 - Juni 2017

Das unabhängige Fachmagazin von Exekutivbeamten für die Exekutive in Österreich



Eine zufriedene Belegschaft ist die beste Werbekampagne für die Polizei

INHALT

03 VORWORT

des Bundessektionsvorsitzenden Reinhold Maier

05 1.000 VERLETZTE POLIZISTEN

sind 1.000 zu viel mahnt BR Werner Herbert

07 COVERSTORY

Eine zufriedene Belegschaft ist die beste Werbekampagne für die Polizei behauptet Franz Hartlieb

08 POLIZEI - GRUNDAUSBILDUNG

von Dietmar Hebenstreit

12 RAUSCHFREI STATT RAUCHFREI

Roman Söllner über das geplante Rauchverbot in Justizanstalten



14 UPDATE Polizei APP

von Joachim Fritz

15 NEWS AUS DEM ZA

von Dietmar Hebenstreit, Reinhold Maier und Franz Hartlieb

16 FREIE EXEKUTIV GEWERKSCHAFT

Franz Hartlieb über den neuerlichen Rekordzuwachs an Mitgliedern zur FEG

18 KARIKATUR

Sind wir gegen den Terror gut vorbereitet? von Michi Hendrich



20 „RHEIN 200“ EIN PROJEKT AUF DEM PRÜFSTAND

Not macht erfinderisch behauptet Gerfried Koroschetz

22 VB/S-AGM

Michael Jungbauer: Das Gebot der Stunde ist die rasche Ergänzungsausbildung

25 VORURTEIL ALPINDIENST

Was genau macht eigentlich die Alpinpolizei? Michael Zimmermann beantwortet uns diese Frage



26 FAKTOR MENSCH

von Irene Eisenhut

28 ACH DU LIEBES GRENZMANAGEMENT

von Markus Lassenberger

31 SELBSTERNANNT ANARCHISTEN

von Johannes Rochl

32 ALLES WAS RECHT IST

von Robert Rathhammer

34 KINDERSCHIKURS 2017 DER PSV GRAZ

Ein Bericht von Josef Egger

35 SICHERE STEIERMARK

Pressekonferenz der AUF und FPÖ Steiermark

Impressum:

EIGENTÜMER, VERLEGER und HERAUSGEBER:

FREIE EXEKUTIV GEWERKSCHAFT (FEG) und AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER UND FREIHEITLICHER (AUF), beide Florianigasse 16/8, 1080 Wien

MEDIENINHABER: AUF Polizei, 1080 Wien, Florianigasse 16/8 (vertreten durch den Vorstand), Internet: www.auf.at, www.fgö.at, E-Mail: auf-feg@gmx.at

REDAKTION:

Franz Hartlieb (0676-4471960), Dietmar Hebenstreit (0676-4623520), Reinhold Maier (0664-2171614)

AUTOREN (in alphabetischer Reihenfolge):

EGGER Josef, EISENHUT Irene, FRITZ Joachim, HARTLIEB Franz, HEBENSTREIT Dietmar, HERBERT Werner, JUNGBAUER Michael, KOROSCHETZ Gerfried, LASSENBERGER Markus, MAIER Reinhold, RATHAMMER Robert, ROCHL Johannes, SÖLLNER Roman, ZIMMERMANN Michael

Die Zeitschrift „Blau.licht“ ist ein Fachmagazin und dient der Information der Exekutivbeamten in Österreich. Namentlich gezeichnete Beiträge und Kommentare geben die Meinung des Autors wieder und müssen sich nicht mit der Redaktionsmeinung decken. DVR-Nummer: 0557617

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Das Jahr 2017 hat im BM.I mit sehr vielen geplanten Organisationsänderungen und Schlagwörtern wie etwa EGFA Neu, Mobile Kommunikation sowie Fortführung der Leitprojekte wie „Gemeinsam Sicher“ begonnen.

Alles gut und schön. Wir von der AUF stehen auch keinem Projekt oder keiner Umstrukturierungsmaßnahme grundsätzlich negativ gegenüber, jedoch gäbe es genug andere Problemstellungen, welche eine höhere Priorität hätten und somit vorrangig behandelt werden sollten.

Ohne genügend Personalressourcen steht jedes Projekt unter keinem guten Stern und ist eigentlich schon im Vorhinein zum Scheitern verurteilt. Unser desaströser Personalstand lässt eigentlich die Umsetzung geplanter Projekte gar nicht mehr zu.

Personal für Basisdienststellen

Die Grundlage für ein effizientes polizeiliches Arbeiten ist und bleibt ein **ausreichender Personalstand auf den Basisdienststellen**. Derzeit werden jedoch lediglich zahlreiche Planposten in Zusammenhang mit Umstrukturierungsmaßnahmen in den Zentralstellen geplant, geschaffen und besetzt, wodurch wiederum Kollegen von den PI's aus dem Regeldienst abgezogen werden müssen. Dies wiederum trägt zur weiteren Verschärfung der prekären Personalsituation von Regeldienststellen bei.

Da helfen auch die derzeitigen politischen Jubelmeldungen in Zusammenhang mit der so genannten Aufnahmeoffensive nichts,



Reinhold MAIER
Bundesvorsitzender
der AUF - Sektion Polizei

denn diese kann nicht einmal die prognostizierten starken Pensionsabgänge in den kommenden Jahren abfedern. Denn wie schon so oft mitgeteilt, gehen in den nächsten Jahren 1/3 aller derzeit im Dienst befindlichen Kollegen in Pension.

Wo ist der versprochene "echte" Personal-Pool?

Wir von der AUF und FEG haben schon die letzten Jahre auf diese verfehlte Personalpolitik aufmerksam gemacht und die Schaffung eines wirklichen und nicht nur auf dem Papier existierenden und absolut notwendigen **Personalpools** gefordert.

Damit könnten den personell ausgehungerten Dienststellen tatsächlich das notwendige Personal zugewiesen und unter anderem auf die ständig steigenden Karenzierungen, Herabsetzungen der WdZ sowie Zuteilungen rasch und effizient reagiert werden.

Unabdingbar ist es weiters, dass die dienstbaren Personalstände den systemisierten Ständen mit tatsächlichen „Köpfen“ angeglichen werden.

Wo sind die 1000 Polizisten „mehr“?

Dazu wird aber definitiv mehr Personal benötigt – bis dato blieben jedoch sämtliche Wahlversprechen der **SPÖVP** Regierung, welche mehrmals bundesweit **1000 Polizisten „mehr“** angekündigt und versprochen haben, leider nur politische Floskeln.

Es ist beim Vergleich der Personalstände der letzten Jahre definitiv kein Anstieg erkennbar, oft ist sogar das Gegenteil der Fall. Die erfolgten Aufnahmen haben lediglich die Pensionsabgänge abgedeckt.

6,5 Millionen Überstunden

Das derzeitige Dienstsysteem ist aufgrund der prekären Personalsituation generell nur mehr mit Überstunden aufrecht zu erhalten – 6,5 Millionen Überstunden sind es, die jährlich benötigt werden, um das Polizeisystem aufrecht erhalten zu können.

Dass aufgrund dieser anhaltenden Mehrbelastung durch das Erbringen von systembedingten Überstunden oft, vor allem bei älteren Kollegen schwerwiegende und chronische Erkrankungen die Folge sind und diese immer öfter in Langzeitkrankenständen sowie Frühpensionierungen enden, unterstreicht die verfehlte Personalpolitik zum Leidwesen unserer Polizisten.



Ergänzungslehrgang

Weiters fordern wir in diesem Zusammenhang ebenfalls die rasche Ausbildung der **VB/S Grenze** mit dem versprochenen **Ergänzungslehrgang**, um unseren Grenzkollegen endlich eine berufliche Perspektive geben zu können.

Eine Verbesserung bzw. Entspannung der Personalsituation ist jedoch auch dadurch nicht zu erwarten, denn die Grenzkollegen sind bereits seitens des Dienstgebers in die **Personalplanung der kommenden Jahre miteinberechnet** worden, um den drohenden Personalkollaps entgegen zu können.

Die ständig präsentierten **Personalmärchen** und **Tricksereien** seitens der regierenden Politik und in weiterer Folge unserer polizeilichen Führung in der Öffentlichkeit muss endlich ein Ende haben.

Ausrüstung mit ballistisches Gilets

Ebenfalls hinkt die österreichische Polizei in punkto Ausrüstung im internationalen Vergleich hinterher. Oft mangelt es sogar an für den Dienst unabdingbar notwendigen Ausrüstungsgegenständen wie z.B. Taschenlampen, Motorradhelme, EE-Ausrüstung etc., um nur einige bekannte Problemfelder aufzuzeigen.

Wir hoffen, dass das von der AUF/FEG schon lange geforderte Projekt der **persönlich zugewiesenen ballistischen Gilets** nun endlich in die Umsetzungsphase kommt. Die Erprobungsphase von drei unterschiedlichen Gilets ist nun abgeschlossen.

Wir warten bis dato auf den Ergebnisbericht der im BM.I eingerichteten Expertenkommission. Uns wurde jedoch zugesichert,



dass der Ankauf der persönlich zugewiesenen Gilets budgetiert sei und sich das Projekt in der Ausschreibungsphase befinde.

Wir hoffen, dass das BM.I die Bestellung so rasch als möglich in Auftrag gibt, denn aufgrund der personellen Unterbesetzung sowie der gesellschaftlichen Veränderung sind unsere Kollegen ständig **neuen und erhöhten Risiken ausgesetzt**.

Deshalb sehen wir es als **Verpflichtung des Dienstgebers** an, unseren Kollegen so rasch wie möglich eine geeignete und persönliche Schutzausrüstung zuzuweisen.

„Jede Verletzung eines Kollegen, welche durch geeignete Schutzausrüstung vermieden hätte werden können, ist definitiv eine zu viel.“

Die Verantwortung liegt hier eindeutig beim Dienstgeber und wir fordern eine rasche Umsetzung des Projektes – jede weitere Verzögerung wäre grob fahrlässig!



Verpflichtung des Dienstgebers!

Der Dienstgeber ist aus unserer Sicht verpflichtet, **geeignete Rahmenbedingungen** für die Kollegen zu schaffen, dazu zählen ua. wie schon erläutert genügend Personalressourcen zu schaffen sowie eine effiziente und alltagstaugliche Ausrüstung zu Verfügung zu stellen.

Derzeit wird jedoch eher darauf Bedacht genommen, die Organisation und Struktur der **Zentralstellen** so zu stärken und zu verändern, dass das „eigene Klientel“ noch vor den Neuwahlen im Herbst versorgt werden kann.

Ein Umdenken ist gefordert!

Es muss auch endlich ein generelles Umdenken im BM.I stattfinden, denn derzeit wird jedes Projekt bildlich dargestellt beim Dachstuhl zu bauen begonnen - auf das Fundament wird buchstäblich vergessen.



Auch die obersten Führungsetagen im BM.I werden früher oder später zur Einsicht gelangen müssen, dass auch bei der Polizei die tragende Säule die Basis ist und somit auch die Grundlage für das polizeiliche Arbeiten darstellt!

Wir hoffen, diese Einsicht kommt dann nicht zu spät, meint

euer Reinhold Maier

1.000 VERLETZTE POLIZISTEN SIND 1.000 ZUVIEL!

Wer sich für die Arbeit bei der Polizei bewirbt, geht ja nicht grundsätzlich davon aus, einen geruhsamen und unspektakulären Beruf zu ergreifen. Nahezu jedem Polizeibewerber ist bei der Ergreifung seiner Berufswahl bewusst, dass der Polizeiberuf ein **aufregender** und **gefährlicher** Job sein kann, wo mitunter harte Konfrontationen auch durchaus zum Berufsbild gehören.



Werner HERBERT
Bundesvorsitzender der AUF
Mitglied des Bundesrates

Allerdings haben sich in diesem Zusammenhang die Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahren **äußerst nachteilig verändert**.

Die Anzahl der im Dienst verletzten Polizistinnen und Polizisten ist in der Vergangenheit laufend gestiegen und hat sich bei rund **1.000 Fälle pro Jahr** eingependelt.

Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist auch der Umstand, dass die Dienstverletzungen durch **Fremdverschulden** schon rund **60%** ausmachen.

Bemerkenswert ist auch, dass diese Verletzungen aufgrund des enorm **gestiegenen Aggressionspotentials** der meist ausländischen Täter auch an Schwere zugenommen haben; d.h. nicht nur die Wahrscheinlichkeit im Dienst durch einen Angreifer verletzt zu werden ist stetig angestiegen, sondern auch der Verletzungsgrad hat sich wesentlich erhöht.

In diesem Zusammenhang erscheint auch der Umstand, dass im Jahr 2016 zwei Kollegen in Ausübung des Dienstes durch Fremdeinwirkung getötet wurden, wenig überraschend.

Auch die Gründe für diese Entwicklung liegen klar auf der Hand:

Ein **eklatanter Personalnotstand** in vielen Dienststellen samt den daraus resultierenden Umstand, dass auf Anordnung der Dienstbehörde trotz eindeutig gegenteiliger Erfahrungswerte viele Einsätze in der Regel nur von einem **einzigem** Exekutivbeamten (der quasi ohne Rückendeckung agieren muss) durchgeführt werden, die fehlende Ausstattung und Ausrüstung, insbesondere im Eigenschutzbereich (wie beispielsweise die noch immer nicht erfolgte persönliche Zuweisung alltagstauglicher ballistischer Schutzwesten) und die mangelnde Unterstützung



von behördlicher Seite wenn es darum geht, Polizistinnen und Polizisten auch bei heiklen Amtshandlungen mit einem politischen Nahebezug oder Hintergrund (z.B. jenen mit Asylwerbern oder mit Menschenrechts- bzw. Hilfsorganisationen) den gebotenen Beistand zu leisten.



Foto: alp-john-macdougall

Hier ist das BM.I nicht nur wider besseren Wissens seit Jahren säumig, sondern auch aufgrund eines

eindeutigen Handlungsbedarfs dringend aufgefordert, endlich die erforderlichen personellen, logistischen und personalpolitischen Maßnahmen zum Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben auch tatsächlich umzusetzen.

Ich fürchte aber, dass da noch ein harter und steiniger Weg vor uns liegt, bis Dienstgeber und Bundesregierung hier zu Gunsten der Polizei tatsächlich tätig werden.

Gerade aus diesem Grund ist es daher in dienstlich unsicheren Zeiten unerlässlich, sich auf eine starke Interessensvertretung verlassen zu können, wenn der Dienstgeber und die GÖD unsere Kolleginnen und Kollegen im Stich lassen.



Hier ist seit Jahren die AUF gemeinsam mit der FEG ein verlässlicher Partner auf der Seite unserer Polizistinnen und Polizisten.

Wenn sich andere verschämt weg-drehen und so tun, als ob ihnen deren berechtigten Anliegen nichts angehen würde, geben wir unmittelbare Unterstützung und Hilfe – und das ohne Klientelpolitik und auch ohne die Frage nach einem Parteibuch!

In diesem Sinne wünsche ich allen Polizistinnen und Polizisten nicht nur, dass sie wieder wohlbehalten von ihren Einsätzen zurückkehren, sondern darüber hinaus auch, dass deren dienstlicher Alltag ohne allzu große dienstliche „Reibungsverluste“ erfolgt.

Alles Gute, viel Erfolg und Glück AUF wünscht euch

euer Werner Herbert
Bundesvorsitzender der AUF
Mitglied des Bundesrates

**Vero Versicherungsmakler GmbH –
ein Aon Unternehmen**

Koschatstraße 18 · 9800 Spittal

T +43 (0) 4762 53 22

www.vero.at · aon-austria.at

AON

Eine zufriedene Belegschaft ist die beste Werbekampagne für die Polizei



Es tut sich etwas im Hause BM.I, ohne Zweifel. Niemand kann verschweigen, dass der Dienstgeber die Notwendigkeit zusätzlicher Neuaufnahmen erkannt hat und zumindest zaghaft den Versuch unternimmt, mit zusätzlichen Einstellungen der herrschenden Personalnot gegenzusteuern.

Noch immer nicht in jedem Bundesland ausreichend, **etliche Jahre zu spät** und manche „Einstellungsoffensive“ entpuppt sich bei näherem Hinsehen eher als unausgegorener Schnellschuss, aber die Richtung ist im Prinzip nicht falsch.

Auch was die Ausstattung der Einsatzkräfte angeht, stehen verstärkter Schutz (z.B. ballistische Schutzwesten), beweissichere Dokumentation des Einsatzgeschehens (z.B. Bodycams) und eine gewisse Bereitschaft zur grundsätzlichen Verbesserung im Mittelpunkt.

Manche Anschaffungs- oder Bauvorhaben sind aber **quälend lange Prozesse**, die dringend gekürzt werden müssten. Und fast nirgends ist so etwas wie ein **gemeinsames Vorgehen** erkennbar, das von strategischen Überlegungen geleitet wird, im Gegenteil.

Einstellungskriterien

Wenn man mit Polizeischülern spricht, steht man jungen Frauen und Männern gegenüber, die engagiert, clever und verantwortungsbewusst

sind und mit großer Ernsthaftigkeit und Respekt auf ihre berufliche Zukunft blicken. Trotzdem verlangen manche Einstellungskriterien eine dringende Evaluierung, aber: Großteils können wir uns sicher sein, die Polizei bleibt in guten Händen.

Das entbindet den Dienstgeber aber nicht von der Pflicht, mehr für diejenigen zu tun, die heute im Dienst sind, die ihre Köpfe hinhalten, mit Millionen von Überstunden für die Versäumnisse der Vergangenheit büßen und in immer gefährlichere Einsatzsituationen kommen.

Da rührt sich erstaunlich wenig. Zwar gehört der Dank für die Einsatzkräfte mittlerweile zum Standard politischer Reden, aber das war es denn meistens auch.

Beispiel Aufwandsentschädigung

Seit **1973** (das sind jetzt 44 Jahre !!!!) in unveränderter Höhe und nirgends ist eine Bereitschaft erkennbar, das zu ändern.

Dauerhafte Ärgernisse bleiben auch ein angemessenes Grundgehalt, abschlagsfreier Pensionszugang mit 60, Ruhegenussfähigkeit aller Nebengebühren, Abfertigung, Belastungsausgleich, und, und, und.

Allesamt Forderungen, deren Umsetzung viel zu lange dauert. Dieses Hinhalten/Verweigern des Dienstgebers

ist nicht geeignet, daraus **Anerkennung** und **Wertschätzung** abzulesen.

Gleiches gilt für die Bediensteten in der **Verwaltung**, die ebenso dauerhaft von Verbesserungen abgeschnitten sind. Man braucht sich nur die Entlohnungsgruppen und Funktionszulagen anschauen, dann ist man zweifellos im Bilde.

Beste Werbung: Eigene Beschäftigte

Es ist unumstritten, dass der beste Werbeträger für die Polizei ihre eigenen Beschäftigten sind. Das setzt natürlich voraus, dass diese **zufrieden** und **motiviert** sind, sich **anerkannt** fühlen und für ihre Arbeit die **Wertschätzung** erfahren, die sie verdienen.

Dass dies oft nicht mehr der Fall ist, zeigen die vermehrten **freiwilligen Austritte** aus der Polizei. Auch andere Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft suchen Nachwuchs und sind starke Konkurrenten um die besten Köpfe.

Die Polizei braucht auch in Zukunft das Beste, nicht die Reste vom Arbeitsmarkt.

Die Sicherheit der Menschen in unserem Land sollte es wert sein und diese Sicherheit können wir nur mit zufriedenen Bediensteten erreichen und aufrecht erhalten, meint

euer Franz Hartlieb

Polizei Grundausbildung



Beginn einer Laufbahn in Uniform oder Grundlage einer wertgeschätzten Karriere mit offenem Ausgang nach oben?

Österreich verfügt über mehr als **28.000** Polizisten. Wie auch den Medien zu entnehmen ist, erfolgt mittelfristig durch starke Pensionsabgänge eine Art **Generationswechsel**. Annahmen sagen voraus, dass etwas 30-35% des Personals durch Neuzugänge innerhalb der nächsten 10-15 Jahre ausgetauscht wird.

Dadurch eröffnet sich die Chance auf eine weitere Professionalisierung im Aus- und Fortbildungsbereich. Die für diese Materie eingerichtete Sicherheitsakademie – **SIAK** – mit mehreren hundert Mitarbeitern ist zwar im Sicherheitspolizeigesetz als „zentrale Bildungseinrichtung“ des Innenministeriums erwähnt, findet sich im

Ressort jedoch „nur“ als Abteilung wieder.

Das repräsentiert den Stellenwert nicht ausreichend. Schließlich steuert jedes Unternehmen mit der Ausbildung auch die Gesamtstrategie maßgeblich mit, da die künftigen Führungskräfte die einschlägigen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchlaufen.

Anhebung des Stellenwertes

Eine Anhebung des Stellenwerts und der innerorganisatorischen Bedeutung der SIAK wäre mehr als vertretbar und in Zeiten permanenter Bildungsdiskussionen im genuinen Bildungswesen mehr als angebracht.

Wie könnte das umgesetzt werden?

Die **SIAK** könnte als Bundesamt für

- **Bildung** (BFB)
- **Kompetenzvermittlung** (BFK) oder
- **Kompetenzerwerb** (BFK)

bezeichnet werden.

Dadurch erreicht man eine Stringenz zu bereits bestehenden vergleichbaren Organisationseinheiten, wie dem **BAK** (Bundesamt zur Korruptionsprävention- und -bekämpfung), dem **BFA** (Bundesamt für Asyl und Fremdenwesen) oder dem **BVT** (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusprävention).

Das BFB/BFK könnte auf der Ebene einer Gruppe mit analogen Bewertungen etabliert und gleichzeitig könnte geprüft werden, ob das BFB/BFK als berufsbildende, höhere Schule, analog dem Österreichischen Lehrwesen anerkannt wird.

In Österreich befinden sich ab Mitte 2017 elf (11) Bildungszentren. Diese könnten wieder die bodenständigere Bezeichnung „**Polizeischule**“ erhalten. Hier könnte man drei bis vier „**Polizeischulverbände**“ einrichten, um die Kommunikation zu straffen und zu verbessern.

Eine Führung der dislozierten Bildungszentren aus Wien ist aufwändig und schwierig.

Aufnahme in den Polizeidienst



Pro Jahr versuchen sich 5.000 bis 7.000 Personen an der Bewältigung des Auswahlverfahrens.

Rund 1.000 können aufgenommen werden. In den meisten Bundesländern gibt es geringe Rekrutierungsschwierigkeiten, in Vorarlberg gestaltet sie die Suche schwieriger.

Bisher brauchten Bewerber nicht einmal eine abgeschlossene Schulausbildung. Es ist sogar möglich, dass beim Österreichischen Bundesheer **Untaugliche** zur Polizei kommen. Das halten viele für kein



Dietmar Hebenstreit

Fraktionsvorsitzender im ZA

Ruhmesblatt für eine moderne und schlagkräftige Polizei.

Es sollten sich daher nur noch **Maturanten** oder Personen mit **abgeschlossener Berufsausbildung** bewerben dürfen.

Das gesamte Auswahlverfahren wäre zu beleuchten und zu modernisieren.

Ausgezeichnete Deutschkenntnisse sind für den Polizeiberuf extrem wichtig, da dieser Beruf schon im Wesen aus Kommunikation mit dem Menschen besteht.

Wesentlich ist auch das Wissen, dass die Begegnung zwischen dem „**Bürger**“ und der Polizei definitiv eine **Ausnahmesituation** für den Bürger bedeutet. Für den Polizisten ist das „**Amtshandeln**“ hundertfach geübte Routine, für den

Bürger meistens der „**erste Kontakt**“ mit der Polizei. Daher ist jede einzelne Amtshandlung eine Chance, die Professionalität zu beweisen.

Körperliche Leistungsfähigkeit,

Selbstverteidigung oder Kraftsportarten sollten mehr trainiert und ausgebildet werden. Ferner sollte man auch die **Körpermindestgröße** wieder einführen, zumal laut Statistik Austria die Bevölkerung „**wächst**“ und es auch um den „**optischen Eindruck**“ geht.

Hier wären die Werte für Frauen bei **165 cm** und bei Männern bei **175 cm** erstrebenswert.



allgemeinbildung

Es sollte auch eine Diskussion über das „**Höchstetrtrittsalter**“ geben. Es geht hier nicht um Altersdiskriminierung, aber die Ausbildung kostet sehr viel Geld und sollte sinnvoll eingesetzt werden.

Polizisten, die von der Schule in die Pension gehen, sollten nicht das Ziel sein.



Polizeiausbildung

Jede noch so gute Polizeiausbildung auf der ganzen Welt scheitert an der faktischen Möglichkeit, **Echtsituationen** zu trainieren.

Um möglichst praxisnah zu unterrichten, wäre eine Möglichkeit zu finden, dass die Ergebnisse der sich in Erprobung befindlichen „Body-Cams“ jeder Polizeischule in Österreich zur Verfügung gestellt werden könnten.

Dadurch würden die Polizeischüler eine gut sichtbare „Welt der Wahrheit“ erhalten und dadurch nicht nur profitieren, sondern auch erkennen, ob dieser Beruf für sie geeignet ist.

Das Projekt „Polizei-TV“ der LPD Wien sollte weiter verfolgt, evaluiert und bedarfsorientiert österreichweit eingesetzt werden.



Foto: APA/Fohringer

Im einem Jahr werden laut Homepage des BM.I mehr als 2.000 Polizisten im Dienst verletzt. Das zeigt die gesteigerte Gewaltbereitschaft mancher Teile der Gesellschaft. Die Einrichtung eines eigenen Gegenstands „Eigensicherung“ sollte diskutiert werden.

Für den **Sportunterricht** werden mehrere Wochen investiert. Viel Zeit geht dabei aber auf Grund von fehlenden Sportstätten für die An- und Abreise verloren. Hier wäre vielleicht ein eigenverantwortliches Training der Polizeischüler anzudenken.

Limits, die als Voraussetzung für die Zulassung zur Dienstprüfung



gelten, müssen von Allen erfüllt werden.

Es sollte auch eine Reduktion der Unterrichtsgegenstände auf die **Kernfelder der Polizeiarbeit** geprüft werden.

Die **Ausbildungszeit** sollte unter Einbeziehung von internationalen Vergleichswerten aus dem europäischen Bereich evaluiert werden.

Das derzeitige **Ausbildungsmodell** sieht 12 Monate Theorie, 3 Monate Praxis, 5 Monate Theorie und nochmals 4 Monate Praxis vor.

Hier könnte man über ein Modell 12 Monate Theorie, 3 oder 4 Monate Praxis und 3 Monate Theorie mit anschließender Dienstprüfung nachdenken.

Argumente dafür:

- ◆ Das Ressort hätte die Polizisten bereits nach 1,5 Jahren auf der Straße

- ◆ Die Bürger profitieren von mehr Polizei im Außendienst
- ◆ Die Ausbildung vermittelt dann kein Allgemeinwissen mehr, sondern lehrt Kernwissen für die Polizeiarbeit.
- ◆ Es geht ja am eigentlichen Sinn der Polizeiausbildung vorbei, wenn zum Beispiel ein Polizeischüler Pensionsbestimmungen lernen muss, obwohl er noch 40 Jahre im Dienst sein wird oder die Arbeitsweise der Organe der EU kennen sollte, die ihn auf der Straße aber nicht weiterhelfen werden (die Aufzählung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit)!
- ◆ Fitness bringt körperliche Sicherheit im Umgang mit gewaltbereiten Gesellschaftsschichten.

Weiter auf der nächsten Seite

RAUSCHFREI



statt RAUCHFREI

Da machen sich „einflussreiche Justizinsider“ derzeit ernsthaft Gedanken über ein generelles Rauchverbot in den Justizanstalten!

Vor nicht allzu langer Zeit reiste eine Delegation des **schwarz** geführten Ministeriums in die weite Ferne.

Australische Haftanstalten wurden auserkoren, um die Realisierung des in Aussicht genommenen Projektes der **rauchfreien „Häfn“** in Österreich zu besichtigen. Man sprach sogar mit Insassen, um sich genau ein Bild darüber zu machen, wenn man (demnächst) den bei uns Inhaftierten die Zigaretten wegnimmt.

In enger Zusammenarbeit mit der **Volksanwaltschaft** versucht das Ministerium für die Betroffenen und der Gesellschaft etwas besonders Gutes zu machen. Für die „**schwarzen Erfinder**“ ist das wohl

das Maß der Dinge am Gesundheitssektor, weil anscheinend die derzeitigen Vorgaben der Unterbringung/Trennung in Raucher-Nichtraucherhafteraum bzw. Raucherzonen in den Betrieben zu wenig ist.



Langfristig sollen dadurch auch die in den letzten Jahren explodierenden **Behandlungskosten** für Insassen gesenkt werden.

Roman Söllner von der Wähler-

gruppe AUF/FEG ist der Meinung, dass man **risikoloser** und einen für die Gesellschaft wesentlich größeren Beitrag leistet, wenn man die Drogenabhängigen/Substituierten sofort einem **Drogenentzug** unterwerfen würde.

Der Entzug muss natürlich medizinisch begleitet werden.

Man würde dadurch dem Steuerzahler viel Geld ersparen und dem Insassen eine wesentlich bessere Chance zur Wiedereingliederung geben.

Somit fordert die AUF/FEG statt rauchfreie **rauschfreie „Häfn“** in Österreich, meint

euer Roman Söllner

Bundesvorsitzender Sektion Justizwache

E2a-Test für die Justizwache: Wann kommt er wirklich?

Angekündigt wurde der jetzt bevorstehende Test schon vor Jahren durch die regierenden [REDACTED] [REDACTED]!

Die Kollegenschaft wurde schlichtweg **unseriös** informiert, um vielleicht den bereits ausgesetzten Druck etwas abzulassen.

Roman Söllner beantragte 2016 im Zentralausschuss genauere Informationen zum E2a Test von der Dienstbehörde.

Kürzlich erhielt die Personalvertretung im Zentralausschuss einen Entwurf über die Vorgaben zum Test, der aber leider vom Gremium im Zentralausschuss (bedingt) abgelehnt werden musste!

Jetzt heißt es wieder warten.

Kann es sein, dass hinter verschlossenen Türen zwischen der regierenden schwarzen Personalvertretung und dem schwarz geführten Ministerium ein Strategieplan vereinbart wurde?

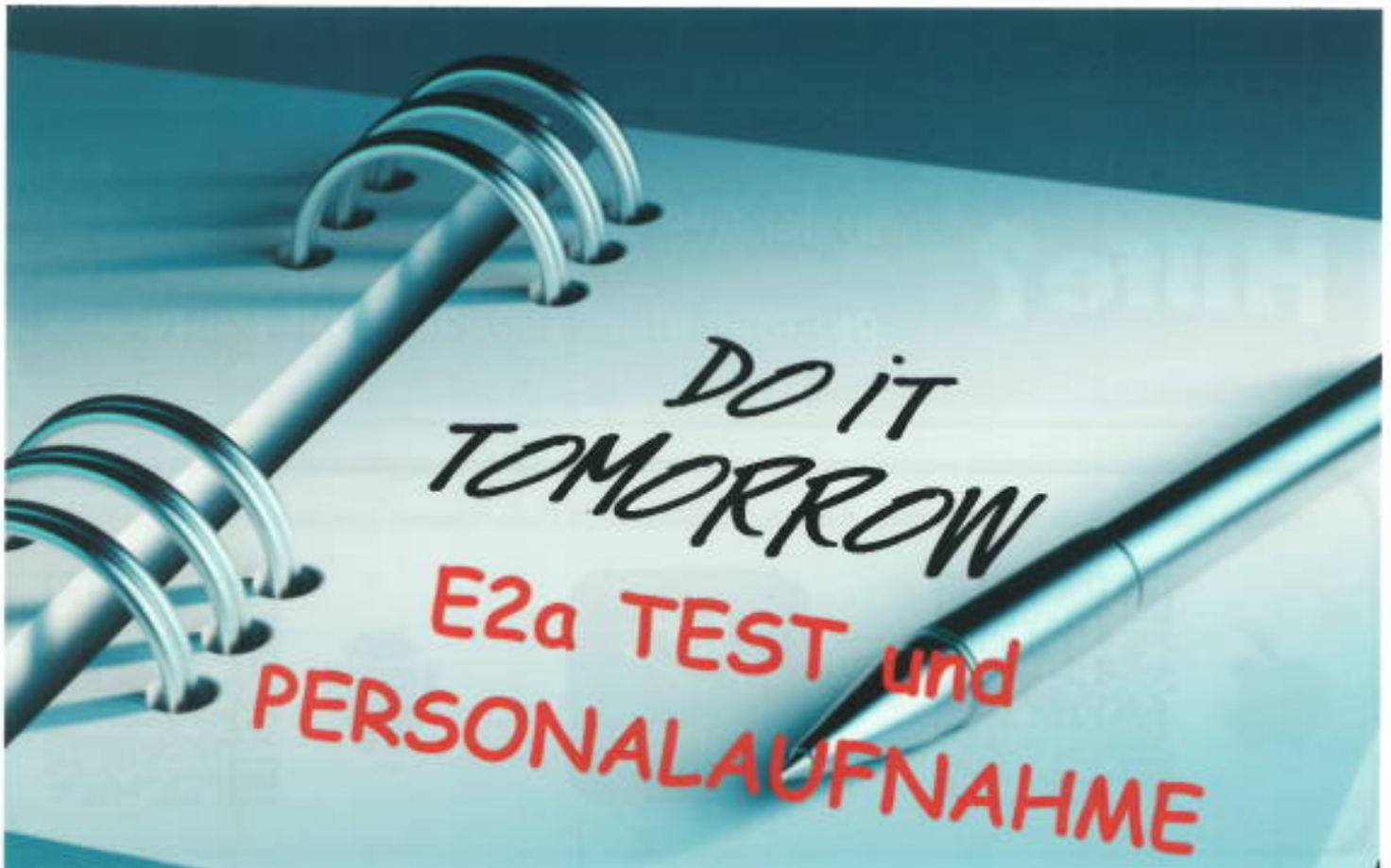
Die neue Zielvorgabe ist jetzt **Herbst 2017!!!**

Wir sind guter Hoffnung und wünschen den Kolleginnen und Kollegen zum Test jetzt schon ein **Glück AUF!**

PS: Bei der derzeitig intensiven Personalwerbung für den Justizwachdienst erkennt Roman Söllner in der Vorgangsweise große Parallelen.



Roman Söllner
Vorsitzender-StV
Zentralausschuss Justizwache



Wir bitten um Beachtung.

dass der **Urlaubsplaner** derzeit nur für die Kollegen des Wechseldienstes nutzbar ist, zumal die verschiedenen Dienssysteme (Wechseldienst/Gruppendienst) unterschiedliche Berechnungsmodalitäten erfordern.

Die Projektentwicklung des App geht bereits fleißig weiter, weshalb wir für die Kollegen des Gruppendienstes mit der Programmierung des Urlaubsplaners begonnen haben.

Ein **Update** mit allen Funktionen wie im Wechseldienst (z.B. Dienstplan wird im App komplett editierbar) erscheint noch im **Sommer 2017**.



Joachim Fritz

AUF Polizei APP Entwicklung

Unbedingt updaten!

Die AUF hat ihre beliebte Polizei App aufgrund der bisherigen Erfahrungen verbessert und erweitert. Mit dem Update stehen euch zahlreiche Erweiterungen und neue praktische Funktionen zur Verfügung.

Kleine Fehler, welche beim letzten Update entstanden, wurden bereits bereinigt.

Wir ersuchen deshalb alle Kolleginnen und Kollegen, auf die derzeit neueste Version (Android 1.6.4) und (iOS 1.6.1.) aus den Stores zu aktualisieren (falls dies nicht bereits automatisch über das Smartphone erfolgt ist).

euer Joachim Fritz



Hilfe?

- in der APP unter  oder

- per mail unter support@auf-polizei.at

Du hast das App noch nicht? Einfach den entsprechenden QR Code scannen, installieren und loslegen...





News aus dem Zentralausschuss

Unsere drei Mitglieder im Zentralausschuss (Dietmar Hebenstreit, Reinhold Maier und Franz Hartlieb) haben in den letzten Monaten **zahlreiche Anträge** vorbereitet und eingebracht. Hier ein kleiner Auszug:

Erweiterung der Kostenersatzpflicht nach § 92a SPG

Immer öfter werden Exekutivbedienstete **ungerechtfertigt** zu Einsätzen gerufen, ohne dass die Notwendigkeit polizeilichen Einschreitens tatsächlich gegeben ist.

Dass die Exekutive angesichts ihrer knappen Ressourcen **grundlos** in Anspruch genommen wird bzw. in jüngsten Einzelfällen sogar zu dem Zweck angefordert wird, das Einschreiten der Beamten zu filmen und anschließend über das Internet zu verbreiten (Stichwort: „Polizei PRANK“), muss daher mit einer entsprechenden **Kostenersatzpflicht** gehandelt werden können.



Diese Maßnahme ist vor allem im Hinblick auf die unnötigen, damit verbundenen Kosten für den Polizeipararat dringend geboten.

Eine gesetzliche Sanktionsmöglichkeit im Wege einer Kostenersatzpflicht im SPG würde zudem klarstellen, dass der Arbeit unserer hochqualifizierten Exekutive ein entsprechender Stellenwert durch die Öffentlichkeit beizumessen ist.

In § 92a SPG (Kostenersatzpflicht) soll folgender Abs. 1a eingefügt werden:

1a) Ebenso gebührt ein Ersatz für die Aufwendungen des Bundes, wenn durch ein schuldhaftes Verhalten vorsätzlich oder grob fahrlässig das Einschreiten von Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes verursacht wird, ohne dass für den Verursacher oder Dritte bzw. deren Vermögen tatsächlich eine Gefahr bestanden hat oder die Notwendigkeit polizeilichen Handelns überhaupt gegeben war. Die Höhe der Ersatzleistung ist gem. Abs. 1 festzusetzen. Die Verpflichtung zur Entrichtung trifft den Verursacher.

Sicherstellung notwendiger Ausgleichsmaßnahmen zum Gesundheitsschutz

Die AUF/FEG stellte den Antrag, in Verhandlungen mit dem BM.I Adaptierungen im Dienstzeitmanagement (DiMa) im Hinblick auf notwendige Ausgleichsmaßnahmen im Sinne eines gebotenen Gesundheitsschutzes für Exekutivbedienstete im Schicht- und Wechseldienst zu erreichen.

Bereits 2010 hat die Europäische Kommission festgehalten, dass grundlegende Bestimmungen in Bezug auf tägliche und wöchentliche Mindestruhezeiten in Österreich „mangelhaft“ umgesetzt sind.



Ganz Konkret wurde dabei für Österreich festgestellt, dass bestimmte Arbeitnehmer (öffentlicher Sektor)

vom Anspruch auf Ruhezeiten ausgenommen sind.

Es wurde daher ersucht, zum Zwecke eines geforderten Gesundheitsschutzes für betroffene Bedienstete im Sinne des Antrags tätig zu werden.

Anhebung Sonderentgelt für Polizeischüler

Die AUF/FEG stellte den Antrag, das Sonderentgelt für Aspirantinnen und Aspiranten während der Grundausbildung von derzeit 50,29 % des Referenzbetrages auf das Niveau der Gehaltsstufe 1 der Verwendungsgruppe E2c anzuheben.



Die AUF hat bereits 2009 einen parlamentarischen Entschließungsantrag initiiert, um die Attraktivität für den Polizeiberuf durch einen angemessenen Ausbildungsbeitrag zu erhöhen.

Insbesondere für Berufsumsteiger, die eventuell schon eine Familie gegründet haben, ist es unter den derzeitigen Bedingungen nahezu unmöglich, sich einen Wechsel zur Polizei "leisten" zu können.

*Wir
haben
die
Ideen!*



ORF 2 FREIE EXEKUTIV GEWERKSCHAFT

2016 ERNEUTER REKORDZUWACHS AN MITGLIEDERN

Die Erfolgsbilanz!

Die FEG konnte für 2016 erneut eine äußerst erfolgreiche Bilanz bei den Mitgliederzahlen vorweisen. Der Zuwachs hält seit vielen Jahren ungebrochen an.

FEG-Präsident Franz HARTLIEB beschreibt das Erfolgsrezept so:

„Die FEG bietet ein ehrliches, gewerkschaftliches Vertretungspaket ohne Hintertür oder kleingedruckte Stolpersteine an, bei dem die Mitgliedsbeiträge zu 100 % den Mitgliedern und nicht irgendwelchen Funktionären zu Gute kommen. Der Verwaltungsaufwand kann nahezu bei NULL gehalten werden, weil sämtliche Funktionäre ehrenamtlich tätig sind. Die Zahlen sprechen für sich, wir haben uns in einigen Jahren vervielfacht.“

Warum sollte ich Mitglied der FEG sein?

Diese Frage lässt sich leicht und nachvollziehbar beantworten, aber nicht mit wenigen Worten.



Franz Hartlieb
Präsident der FEG

JA zur Gewerkschaft

ALLE Personalvertreter der AUF/FEG stehen zu den **Grundgedanken und Prinzipien** einer Gewerkschaft, jedoch nicht zu einer Interessensvertretung, die nur Lehrer als anerkannte Klientel sieht.

Unser Ziel war und ist eine **eigene** Exekutivgewerkschaft, nicht eine nur auf dem Papier bestehende Unterorganisation.

Exekutivbeamte sollen von Exekutivbeamten vertreten werden.

Wir ALLE brauchen **unabhängige** Vertrauensleute, die der Dienstgeberseite bei Bedarf auch mit der notwendigen Härte und Kompromisslosigkeit gegenübertreten.

Personalvertreter/Gewerkschafter sind dafür da, euch in heiklen Situationen zu vertreten. Dafür haben sie besondere Rechte und einen besonderen Schutz.

Keine Kollegin, kein Kollege soll sich selber die Finger verbrennen müssen.

Der Mitgliedsbeitrag

Exekutivdienst ist mit keiner anderen Tätigkeit im öffentlichen Dienst vergleichbar. Daher bietet die FEG einen maßgeschneiderten Rechtsschutz für Exekutivbedienstete zum konkurrenzlosen Preis von € 9,98 monatlich an.



Die GÖD verlangt 1 % des Bruttogehalts bis zu maximal € 24,96 mit automatischer jährlicher Anpassung.

Eine private Rechtsschutzversicherung für Berufszwecke würde rund € 20,- monatlich kosten.

Bei einer Dienstzeit von 45 Jahren ersparst du dir durch die Mitgliedschaft bei der FEG insgesamt ca. € 6.400,-.

Beim Eintritt in die Pension stünde dir dann (bei einer mittleren Verzinsung) ein Betrag in der Höhe von ca. € 14.000,- zur Verfügung.

Das entspricht dem Wert eines guten Zweitwagens.



14.000,- Euro gespart und trotzdem den besten Berufsrechtsschutz? Das gib es nur bei der FEG.

Warum kann die FEG das anbieten?

Aus einem Jahresbericht der GÖD ist zu entnehmen, dass von ihrem Budget unter anderem

19 % Solidarbeitrag an den ÖGB

25 % Personalkosten und

33 % für Rechtsschutz, Tagungen, Versammlungen, Presse, Publikationen etc. bezahlt werden.

Dazu kommen noch die Aufwendungen für die Funktionäre, wie z.B. Gehalt, Sitzungsgeld, Reisekosten, Schulungsgeld etc.

Und wie funktioniert es bei der FEG, warum kann sie den Mitgliedsbeitrag so konkurrenzlos niedrig halten?

Die FEG versorgt nicht ihre Funktionäre, sondern sorgt sich um ihre Mitglieder. Wir sind eine echte Solidargemeinschaft!



ALLE Funktionäre arbeiten ehrenamtlich, ohne Anspruch auf Gehalt, „Nebengeräusche“, Tagungsgelder oder Reisegebühren.

Der Großteil der **Verwaltungsarbeit** wird nicht von einem aufgeblähten Apparat, sondern von den **Vorstandsmitgliedern unbezahlt** durchgeführt.

Die FEG braucht keine „Paläste“, um ihre Mitglieder zu vertreten. Einfach und effizient ausgestattete Räume in einer **Bürogemeinschaft** reichen uns.

Die Unterschiede zu den Mitbewerbern!



+ Keine Wartezeit (Sofortschutz)
Mit Einlangen der Beitrittserklärung bei der FEG beginnt der Versicherungsschutz.

- **GÖD: 6 Monate Wartezeit**

+ Freie Anwaltswahl mit Rechtsanspruch auf Vertretung

- **GÖD: Rechtsschutz muss beantragt werden und Vertretung kann auch bloß durch einen Angestellten der GÖD erfolgen**

+ Keine Einschränkungen

durch die FEG, Akteneinsicht hat nur der Anwalt deines Vertrauens

- **GÖD: bedingungslose Unterwerfung laut den Richtlinien und Auslieferung aller Unterlagen**

+ Datenschutz

Nur der Vorstand der FEG weiß, dass du Mitglied bist, keine Weitergabe der Daten an die Rechtsschutzversicherung

- **GÖD: Weitergabe der Daten an ÖGB, LPD und BMI (Abbuchung) und an die Betriebsausschüsse**

+ Funktionäre

Es gibt keine Fraktionen und jedes Mitglied ist stimmberechtigt

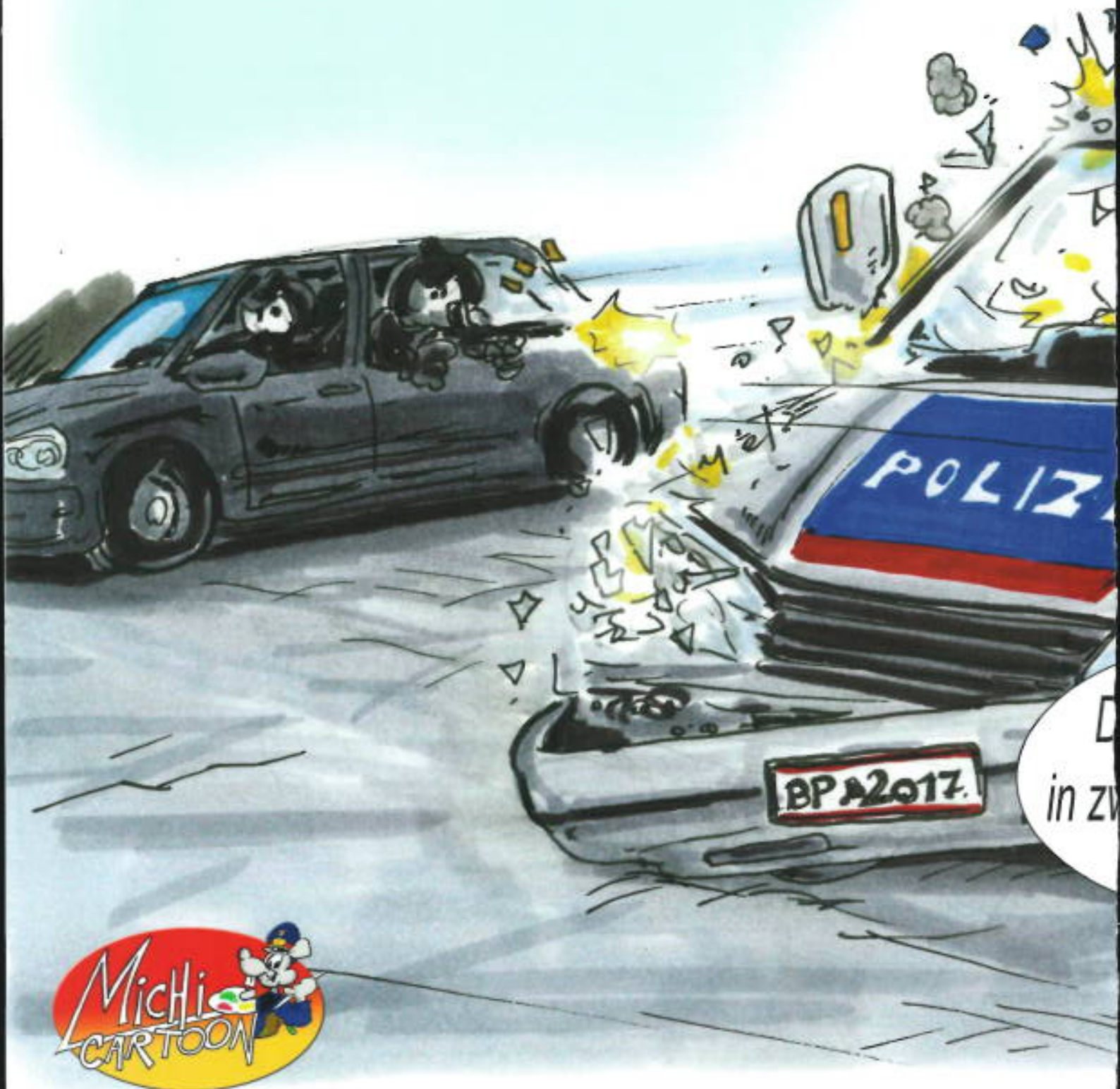
- **GÖD: Es gibt nur FCG und FSG, andere Fraktionen werden nicht zugelassen; Funktionäre werden nicht von den Mitgliedern gewählt**

Wenn Du noch ergänzende Fragen hast, dann besuche uns einfach auf unserer Homepage, sende mir eine Nachricht auf WhatsApp oder ruf mich an unter 0676/4471960.

Euer Fränz

Exekutivschüler zahlen während der Grundausbildung KEINEN Mitgliedsbeitrag

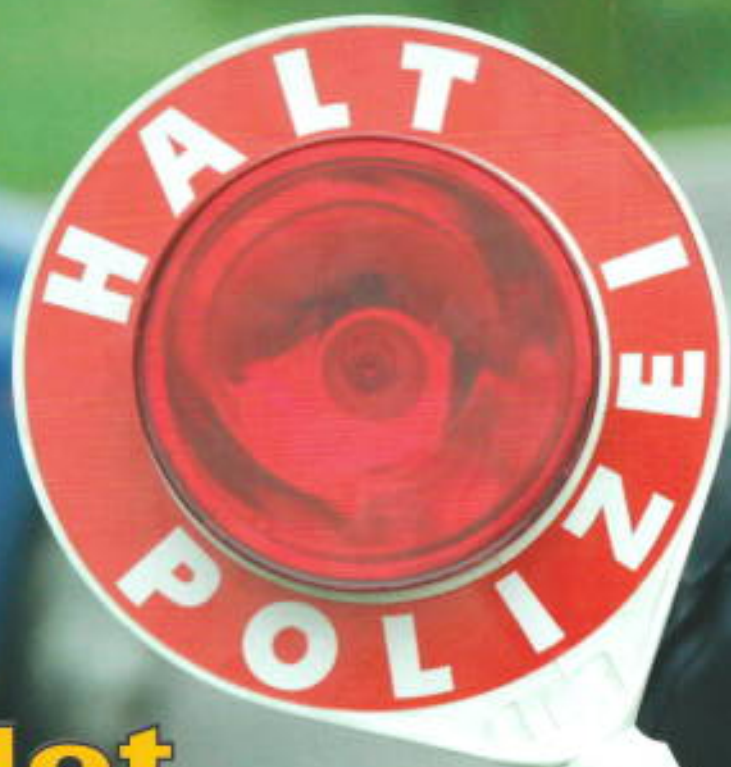
Sind wir gegen den Terror gut vorbereitet?





Wann kommt die Cobra??

...haben gesagt,
in fünfzig Minuten sind
sie da!!



Not macht erfinderisch!

Foto: Bilderbo

"Rhein 200" - Ein Projekt auf dem Prüfstand

Personalknappheit, zunehmende Zahlen an spezifischen Delikten und (junge) Kollegen, die oft unter großem Stress Lagen bewältigen müssen, für die sie (noch) wenig Erfahrung haben. Vorarlberg erfindet die „Funkstreife“ neu.

Mit der **Schwerpunktstreife** „RHEIN 200“ startete die LPD Vorarlberg am 01.10.2016 ein **Pilotprojekt** mit dem Ziel, die regionalen Streifendienste und Polizeinspektionen bei polizeilichen **Großlagen** sowie **Ad-hoc-Ereignissen** zu unterstützen und im Bedarfsfall (nach Rücksprache mit zuständigen Kräften - auf deren Wunsch) auch die Einsatzführung zu übernehmen.

Die **Sonderstreife** ist bislang an Freitagen und Samstagen sowie vor Feiertagen in den entspre-

chenden Nachtzeiten im Einsatz und kann dabei aus eigenem, oder über Anforderung tätig werden.



Foto: laumat.at

Weiters wird die Streife auch zu geplanten **Großveranstaltungen** einberufen. Im ad-hoc Fall erfolgt

die Streifenzusammenstellung über Weisung der LPD.

Haupteinsatzgebiet von „RHEIN 200“ sind die **Ballungsgebiete** in Vorarlberg.

Die Verfügbarkeit erstreckt sich jedoch auf das gesamte Bundesland Vorarlberg.

Zusatzausbildung

Im Rahmen einer 3-tägigen Schulungsveranstaltung wurden **30** Beamtinnen und Beamte (E2a und E2b) auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereitet.

Das Ziel der Ausbildung war es, die Kolleginnen und Kollegen mit dem notwendigen Lern- und Erfahrungswissen über die Aufgaben, das Verhalten und das Führen im Einsatz auszustatten. Für diese Aufgabe wurden hauptsächlich erfahrene Beamte herangezogen, die so im Anlassfall einer lokal zuständigen Streife, welche eventuell aus jüngeren Beamten mit weniger Diensterfahrung besteht, unterstützend zur Seite steht.

Die Streife „Rhein 200“ verfügt auf Grund dieser Aufgaben auch über zusätzliche Ausrüstung wie beispielsweise einer roten Drehleuch-



Gerfried Koroschetz
API Dornbirn

te am Einsatzfahrzeug, ein Navigationssystem, roten Erkennungswesten mit der Aufschrift „Einsatzkommandant“, einem mBAKS-Gerät sowie weiteren Einsatzmitteln.

Die bisherigen Erfahrungen des Pilotprojekts zeigen einen deutlichen Zuspruch in der Kollegenschaft, weshalb der Probetrieb mit 01.04.2017 in die Verlängerung ging.

Voraussichtlich wird das Projekt nun auch mit einem größeren Beamtenpool weitergeführt, hofft

euer Gerfried

Kommentar von Joachim Fritz, Vorsitzender-StV Fachausschuss Vorarlberg:

Die Personalvertreter der AUF Vorarlberg begrüßen grundsätzlich alle Maßnahmen des Dienstgebers welche dazu führen, an der Polizeibasis eine Entlastung oder Unterstützung zu erreichen. Demzufolge wurde auch diesem Pilotprojekt zugestimmt. Nach etlichen Reformen im Verwaltungsbereich, welche der Basis bislang nur ein Mehr an Bürokratie und Belastung einbrachte, gelingt mit diesem Ländleprojekt zumindest ein kleiner Schritt in die richtige Richtung - nämlich in Richtung Basis.

www.hidendesign.at

**-20%
AKTION**

SIE WOLLEN PROFESSIONELLE VISITENKARTEN ODER EIN FIRMIENLOGO ?
IHR UNTERNEHMEN BENÖTIGT EINE NEUE HOMEPAGE?

Wir gewähren allen Mitarbeitern der österreichischen Exekutive und Verwaltung einen Rabatt von 20% auf alle Produkte und Dienstleistungen von HidenDesign (ausgenommen Holzbilder)



Dieses Angebot ist gültig bis 31.12.2017. Schreiben Sie uns an info@hidendesign.at mit dem Betreff "Polizei 2017" Gerne erstellen wir ein individuelles Angebot - GRATIS und UNVERBINDLICH.

BESONDERE MOMENTE SOLLTE MAN FESTHALTEN - ODER AUF HOLZ DRUCKEN

Wir gestalten Ihr individuelles Holzbild, mit Ihren eigenen Fotos & Texten - nach Ihren Wünschen. Schicken Sie uns Ihre Wünsche per Mail an art@hidendesign.at

Make a moment last forever!

VB/S-AGM: Das Gebot der Stunde

Das Jahr 2015 wird sich wohl bei den meisten Polizisten für immer einprägen. Kein anderer Bereich im öffentlichen Dienst war mehr von der enormen Migrationswelle (vulgo: Flüchtlingskrise) betroffen als die Polizei. Ob die Krise nun vorhersehbar war oder nicht, darüber scheiden sich die Geister.

Fest steht auf alle Fälle, dass wir Polizeibeamte trotz der hohen Temperaturen im Sommer 2015 eiskalt erwischt wurden und für die Verfehlungen in der Politik unsere Köpfe hinhalten mussten.

Zuteilungen zum Grenzdienst, Überstunden in den PI's zwecks Kompensation, enormer Verwaltungsaufwand durch Asylanträge/Fremdenrechtsbearbeitungen, Transportfahrten etc. - Alle Kollegen waren von der Ausnahmesituation betroffen. Die verfehlte Personalpolitik der vergangenen Jahre zeigte ganz besonders 2015 ihr hässliches Gesicht. Nicht wenige

Beamte gerieten an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, manche haben diese sogar überschritten.

Die Interventionen der Gewerkschaften bei der damaligen Innenministerin, Mag. Miki-Leitner, zeigten schließlich Wirkung. Gegen Ende des Jahres wurden mehrere Maßnahmen beschlossen, darunter vor allem die „Neuaufnahmen mit verkürztem Ausbildungszeitraum (6 Monate für so genannte VB/S-AGM)“.

Bereits im Jänner 2016 schließlich drücken die ersten „VB/S-AGM“ die Schulbank und werden nach anstrengenden und sehr lernintensiven 6 Monaten in den Außendienst und zunächst an die Grenzen geschickt.

Mit Stichtag 1.3.2017 verrichten insgesamt 74 junge Kolleginnen und Kollegen mit dem Dienstgrad „InspGFP“ im Bundesland Salzburg Dienst, im gesamten Bundesgebiet etwa 750.

Nun hat sich die Migrationslage 2016 geändert, intensive Grenzkontrollen finden kaum mehr statt und die jungen Kolleginnen und Kollegen „mit verkürzter Ausbildung“ werden jetzt nach einem neuen Konzept in Salzburg eingesetzt.

Und zwar laut LPD-Auftrag zur „wirksamen Bekämpfung kriminalpolizeilicher, fremdenpolizeilicher und sonstiger verwaltungspolizeilicher Delikte mit grenz- und fremdenpolizeilichem Bezug“.

Zudem soll eine „rasche Verfügbarkeit von zusätzlichem Personal für bestimmte Verwendungsbereiche mit AGM-Bezug“ sichergestellt werden.

Hierfür werden die jungen Kolleginnen und Kollegen auf der PI Wals-Siezenheim AGM, der PI Hauptbahnhof, der GPI Flughafen und dem PAZ Salzburg eingesetzt.

Aus den Rückmeldungen aus den genannten Dienststellen kann geschlossen werden, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen mit „Sonderstatus“ mit sehr hohem Engagement und Einsatzbereitschaft an ihre Arbeit gehen.

Allerdings ergaben sich auch Schwierigkeiten, insbesondere im Umgang mit Parteien in der Öffentlichkeit.

Dort werden unsere jungen Kolleginnen und Kollegen von den Menschen als „normale“ Polizisten wahrgenommen, jedoch verfügen diese auf Grund der verkürzten Ausbildungszeit, extrem komprimierter Lerninhalte und fehlender Praxisausbildung noch nicht über die Kompetenz der „regulär ausgebildeten“ Beamten.

So kritisieren sie selbst, dass für die Lerninhalte zu wenig Zeit vorhanden gewesen sei und die erlernte Materie (die annähernd den gesamten Inhalt der regulären Grundkurse umfasst habe) nicht zur Anwendung gelange, wodurch das Gelernte wieder verloren gehe.

Im Auftreten der jungen „InspGFP“ kommt es dadurch zu Unsicherheiten.

Auch die eingeschränkte Einsetzbarkeit auf den Dienststellen sorgt für Verwirrungen – Sowohl bei den jungen Kolleginnen und Kollegen selbst, als auch der jeweiligen „Stammmannschaft“.



Michael Jungbauer

PAZ Salzburg

t die rasche Ergänzungsausbildung

Die angespannte Personallage bei der Polizei bleibt also bestehen und droht sich durch

die bevorstehende Pensionierungswelle noch zu verschärfen. In Kombination mit einem stark verminderten Sicherheitsgefühl

schen Terror im Herzen Europas, sind das keine guten Voraussetzungen für unseren Generalauftrag, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit in Österreich.



der Bevölkerung, bedingt durch einen Anstieg der Gewaltdelikte in Österreich (verursacht auch durch die große Anzahl fremder Menschen aus einem mit unseren Vorstellungen inkompatiblen Kulturkreis in unserem Land), und dem islami-

In Bezug auf die „VB/S-AGM“ muss das Gebot der Stunde also lauten, die momentan verhältnismäßig ruhige Zeit an Österreichs Grenzen entsprechend zu nutzen und unsere jungen Kolleginnen und Kollegen in einer Ergänzungsausbildung so schnell als möglich zu vollwertigen Polizisten auszubilden und in den regulären Dienstbetrieb einzugliedern, meint

Euer Michael

Bestellungen bitte an auf-feg@gmx.at - Versandkosten pauschal € 2,50 (unabhängig von der Bestellmenge). Bei diversen Artikeln sind die Versandkosten höher und eigens ausgewiesen.



Handfesselschlüssel

aus Carbon Fiber, 9,2 cm, nur 10 g, ideal für die Hemd- oder Jackentasche

€ 7,--



Erkennungsmarke

Edelstahl, schwarz, mit Logo "Polizeipatch", ca. 50x30x1,5 mm, inkl. lange Kugellkette (70 cm).

Einmaliger Sonderverkauf nur an PolizistInnen und Bedienstete des BMI

€ 7,--



Karabiner (Sonderpreis -50%)

Polymer-Kunststoff, schwarz, leichtgewichtig, hochbelastbar bis 90 Kg (jedoch keine Verwendung zur Sicherung oder Bergung von Menschen), Größe: 8,5 x 5,6 x 0,7 cm, kann auf den Funktions-/Einsatzgürtel aufgeschoben werden, Preis am Markt zwischen € 3,-- und € 6,--

€ 1,5



Etui

für Zulassungsschein, Führerschein, Kreditkarte und diverse andere Karten, aus Kunststoff, unverwechselbares Design mit Logos auf beiden Seiten, 2 Einsteckfächer, geschlossen ca. 10,5 x 7,2 cm

€ 2,--



Geldscheinklammer

BATMAN, Marke Coal, ca. 6,3 x 3,7 cm, in silber-glänzendem Metall, zusammenfaltbar, mit Magnetclip, in schwarzer Geschenkbox

Versandkosten: € 4,--

€ 9,9

Vorurteil Alpindienst

Immer wieder kommt es vor, dass uns die Frage gestellt wird: „Was genau macht eigentlich die Alpinpolizei?“

Diese Frage ließen wir uns von Michael Zimmermann der PI Schruns beantworten.

Alpindienst auf der PI Schruns:

Die Polizeiinspektion Schruns befindet sich im Herzen der Talschaft **Montafon**.

Diese Region ist sowohl im Sommer als auch im Winter touristisch sehr intensiv genutzt.

Der Tourismus entwickelt sich mehr und mehr zu einem **Ganzjahrestourismus** und daraus resultiert eine stetig ansteigende Zahl an Alpinunfällen.

Von den **12** auf der Dienststelle Dienst verrichtenden Beamtinnen und Beamten versehen **8** männliche Beamte Alpindienst (1 Bergführer/Flightoperator, 3 Mitglieder der AEG Bludenz und 4 Alpinisten-Piste).

In der Wintersaison wird der Alpindienst mit einem **zugeteilten** Alpinisten-Piste verstärkt, sodass von Anfang Dezember bis nach Ostern täglich ein Alpinist zumindest in einem der beiden Schigebiet Dienst verrichtet.

Die Bearbeitung der in der Alpin-

dienststrichlinie angeführten Unfallarten werden je nach Qualifikation von den Alpinisten aufgenommen, bearbeitet und zum Abschlussbericht gebracht.

Von Frühjahr bis Herbst sind es vor allem Abstürze von Wandernern, Kletter- u Klettersteigunfälle, Mountainbike-Unfälle sowie auch Unfälle mit Gleitschirmen, die be-



Michael Zimmermann
PI Schruns

arbeitet werden.

Der Winter ist geprägt von Pistenkollisionsunfällen, Suchaktionen nach verirrtten Schifahrern und Wanderern.

Neben der Unfallaufnahme sind es auch Überwachungen nach dem Forst- und Sportgesetz, die mit Assistenz der örtlichen Forstorgane durchgeführt werden.

In den letzten Jahren sind im Durchschnitt **5 Alpin-tote** zu beklagen, 45 Unfälle im Sommer und 70 Unfälle auf den Pisten der beiden betreuten Schigebiete müssen ebenso bearbeitet werden.

Diese Zahlen einer mittelgroßen Dienststelle in Vorarlberg veranschaulichen deutlich, dass die oftmals vorhandenen Vorurteile und die Mutmaßung, Kollegen würden sich in der Dienstzeit nur schöne Stunden außerhalb der PI bereiten, absolut keine Berechtigung haben, meint euer

Michael Zimmermann
AbtInsp



© Warner Bro

Kürzlich sah ich mir den Film „SULLY“ an. Eine Tatsachenverfilmung, bei welcher der Pilot mit einem Airbus A320 eine Notwasserung auf dem Hudson River in New York durchführen musste und diese wie durch ein Wunder auch schaffte. Alle 155 Passagiere und die Crew überlebten beinahe unverletzt.

Der Pilot wurde als **Held** gefeiert und für seine einmalige Leistung in den Medien hochgelobt. Was jedoch vielleicht nur wenigen bekannt ist, sind die Umstände der **internen Revision** und die damit verbundene nachfolgende Untersuchung.

Unweigerlich wurde ich dabei an unseren Polizeiberuf erinnert. Ihr werdet euch jetzt fragen, was ein Flugzeugabsturz mit der Polizei zu tun hat? Ich komme gleich dazu.

Zahlreiche Experten und Kommissionen beschäftigten sich im Nachhinein mit der Absturzursache – gleichzeitiger Totalausfall beider Triebwerke durch Vogelschlag –

nach Ansicht der Experten unmöglich!

Über 20 Simulationen des Vorfalles ergaben, dass ein Umkehren zum Flughafen möglich und so ein Absturz vermeidbar gewesen wäre. Die unterschiedlichsten Piloten hatten das am Simulator geschafft.

„Sully“, der gefeierte Pilot, begann an sich selbst zu zweifeln, konnte jedoch letztlich doch beweisen, dass sämtliche Experten

und Simulationen eines nicht berücksichtigt hatten: den **FAKTOR MENSCH** (Erfahrungswerte, Gefühle, längere Zeitabläufe durch unterschiedlichste Überlegungen die Situation zu meistern)

Die Experten und Ermittler der internen Untersuchung waren derart in ihren theoretischen Abläufen verhaftet, dass sie übersahen, welche Auswirkung der **FAKTOR MENSCH** in dieser Angelegenheit hatte.

In **keiner einzigen** Flugsimulation, welche nach dieser Erkenntnis unter Berücksichtigung des **FAKTOR MENSCH** durchgeführt wurde, war eine Rückkehr zum Abflughafen möglich.

Es stellte sich sogar nach dem Fund des zweiten Triebwerks heraus, dass der „unmögliche“ Totalausfall beider Triebwerke, doch so stattgefunden hatte. Ja sogar die vom System aufgezeichnete Restwirkung war falsch.

Und nun meine Verbindung zur derzeitigen Situation in der Polizei.



Irene Eisenhut
AUF Niederösterreich

Welches Grundgefühl wird an die BASIS übermittelt?

Liebe Experten, Projekterfinder, Strategen und Arbeitsgruppenjunkies!

Für sämtliche Strategien und Projekte braucht es die dafür erforderlichen **Ressourcen**. Nicht nur theoretisch, sondern unter Berücksichtigung des **FAKTOR MENSCH**. Diesen Zugang sehe ich nicht. Nur weil man etwas verändert, bedeutet das nicht zwangsläufig eine Verbesserung.

Laufend wird ein **neues Projekt** geboren, welches wieder Kollegen



von der Basis bindet, Schulungen dazu, welche Unmengen an Stunden in Anspruch nehmen und wieder vom Regeldienst zu stellen sind.

So manche Dienststelle hat Probleme den Dienst aufrecht zu erhalten. **Personalmangel** wohin man schaut. Der **FAKTOR MENSCH** außer Kraft gesetzt – das BMI ordnet an: „**SIE HABEN...**“. Kritik unerwünscht, „Geht nicht – gibt's nicht“.



Für mich gehört zum **FAKTOR MENSCH** auch eine **Vertrauensbasis** zur Kollegenschaft. Ist es tatsächlich notwendig, jede Tätigkeit in den „Modl“ einer Strategie oder eines Projekts zu pressen? Ändert sich dadurch die Arbeitsweise? Was kommt von diesen Projekten im „wirklichen Leben“ an?

Bei genauer Betrachtung erscheint mir sehr vieles als Selbstbeschäftigung für Pseudoarbeitsnachweise. Sorry, das klingt hart und ich gehe davon aus, dass die Grundintention zumindest gut gemeint war, jedoch häufig auf den **FAKTOR MENSCH** vergessen wurde.

Um nochmal auf die Sache mit dem Grundgefühl zurückzukommen. Ich persönlich konnte früher darauf vertrauen, dass der Dienstgeber in allen Fällen hinter mir steht (zumindest hatte ich das Grundgefühl, das wäre so). Heute habe ich das Grundgefühl des entgegengebrachten **Misstrauens**, der **Verunsicherung** und der **Überforderung**. Meiner Meinung nach vermitteln eine Vielzahl von Kleinigkeiten dieses Gefühl, aber eines ist für mich wesentlich: Rückhalt und Vertrauen. Attribute, die in Führungsebenen leider vom Aussterben bedroht sind.

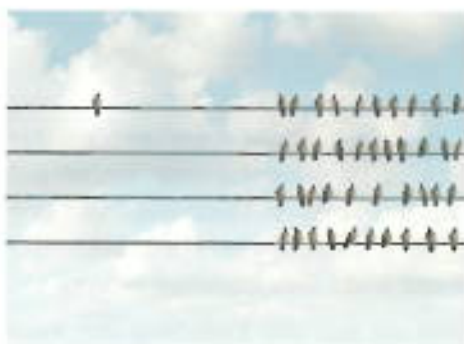
Sollte ich mich hier völlig irren, so tut mir eine mögliche Vorverurteilung leid aber das ist das Grundgefühl, das an der Basis ankommt.

Hinzu kommen überzogene Gerichtsurteile, die gegen Kollegen gefällt werden, bei denen nach meiner Meinung ebenfalls der **FAKTOR MENSCH** übersehen wird und die massive Verunsicherung produzieren. Eine dringend notwendige Schutzbestimmung für Polizei- und Justizbeamte, die „**qualifizierte Verleumdung**“, wurde erst im März 2017 im Bundes-

rat von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN abgelehnt.

Für mich wieder ein Signal der Gleichgültigkeit an die Basis, anstatt gegen unbegründete Anzeigen wegen Amtsmissbrauch oder Körperverletzung etc. entschieden ein Zeichen zu setzen, was wiederum ein Grundgefühl für Rückhalt vermitteln würde.

Hier bin ich wieder bei „**Sully**“. **Ein Polizist kann jahrzehntelang beste Arbeit geleistet haben, wenn es darauf ankommt, ist er alleine! Und ich behaupte, das war früher anders!**



Nicht umsonst ist die Anzahl der freiwilligen Austritte angestiegen.

Wer hätte früher die Stelle eines pragmatisierten Beamten aufgegeben? War man früher nicht stolz Polizist zu sein? Sind Polizisten nur mehr ein unbeliebter Kostenfaktor?

Abschließen möchte ich mit einer Bitte an die Führungsebenen, wo nach meiner Meinung zumindest die Möglichkeit des Gefühls eines Rückhalts liegt, auch zu sagen:

„NICHT MIT MEINEN LEUTEN, die sind am Limit, jede zusätzliche Aufgabe benötigt Personalressourcen, die wir definitiv nicht haben!“

„**Geht nicht – GIBT ES!**“, vorausgesetzt man berücksichtigt den **FAKTOR MENSCH**, meint

eure Irene

ACH DU LIEBES GRENZMANAGEMENT!

Nur zu gut können wir uns an das Jahr 2015 erinnern. Von heute auf morgen standen Flüchtlinge vor den Toren Österreichs und **angeblich niemand hatte dies kommen sehen**.

Sind sie nun der Einladung von Frau Merkel gefolgt oder wirklich aufgrund des Krieges aus ihren Heimatländern geflüchtet? Wir werden diese Frage nie eindeutig klären können, doch wissen wir eines: "Dieser Tag hat die Polizei und andere große Organisationen wie Bundesheer, Rettung und die vielen freiwilligen Helfer auf die Probe gestellt!"

Von 0 auf 100 mussten Kolleginnen und Kollegen an die österreichischen Grenzen. Schließlich sind wir dem Gesetz nach verpflichtet für Recht, Ordnung und Sicherheit zu sorgen.

Doch an den Brennpunkten angekommen zeigte sich den eingesetzten Kräften **ein Bild, welches man nicht alle Tage zu sehen bekommt**.

Vom Leid geprägt und von den Strapazen der Flucht gezeichnete Menschen warteten darauf ins Land gelassen zu werden. Ungeduldig, endlich das Ende ihrer Reise zu erreichen, war es schwierig sie zu beruhigen.

Keiner (einschließlich unserer Regierung) wusste, was geschehen wird

oder wie man die Massen **kontrolliert** ins Land lassen soll.

Schließlich ist man ja gefordert, jeden einzelnen Fremden zu kontrollieren und zu registrieren. Doch was tun, wenn diese Massen sich plötzlich in Richtung Deutschland bewegen und damit alles Vorgenommene außer Kraft setzen?

Wie wir alle wissen, waren die Kollegen/innen vor Ort dieser Frage ausgesetzt, als genau dieses Szenario eintrat.

Es waren einfach zu wenige Beamte vorhanden, um den gestellten Aufgaben gerecht zu werden und ein ge-

ordnetes Einreisen zu bewerkstelligen.

Nicht einmal die vielen **Zuteilungen** aus den einzelnen Bundesländern halfen. Dazu kam noch, dass die Dienststellen in den einzelnen Ländern wegen der notwendigen Zuteilungen **ausgedünnt** waren.

Gerade noch der dringend notwendige Streifendienst war aufrecht zu erhalten. So wurden folglich die Kollegen/innen an der Grenze und diejenigen, die noch auf den Dienststellen verblieben, an die **körperlichen und geistigen Grenzen** gebracht.

„Wer denkt, nur körperliche Arbeit ist erschöpfend, der liegt leider falsch. Das Wissen darum, ständig in der „Blauen“ zu stecken, belastet nämlich sehr.“

Diesem Fakt stand auch unser Bundesministerium und die Regierung gegenüber. Man musste sich schnell etwas einfallen lassen um die Kollegen/innen vor Ort zu entlasten, denn auch das eingesetzte Bundesheer konnte die Aufgaben, die von der Polizei zu vollziehen sind, nicht ersetzen.



Markus Lassenberger
Landesvorsitzender
AUF Tirol

Schnell wurde der Gedanke geboren, wie schon im Jahr 2003 **Grenzpolizisten** auszubilden. Dies musste aber aufgrund der Aktualität schnell erfolgen, weshalb man sich auf sechs Monate Grundkurs festlegte. Diese Zeit musste einfach reichen, um Fächer wie Fremdenrecht oder Einsatztraining durchzuboxen. Aber auch Dienstrecht und andere wichtige Materielgesetze waren zu schulen.



Nachdem die administrative Hürde genommen war, merkte man, wie schwer es war **passendes** Personal zu finden. Die Aufnahmekriterien waren natürlich die gleichen wie bei einer „normalen“ Polizeiausbildung, nur dass die neuen Grenzpolizisten nach ihrer Ausbildung im Schnelldurchlauf etwas erwarteten, für das sich nicht jeder bereit erklären wollte.

Einsetzbar in ganz Österreich mit „nur“ einem VB/S Gehalt, und das bis zu einem Zeitpunkt, der noch völlig in den Sternen stand. Nicht gerade die besten Bedingungen für Mütter, Väter oder all diejenigen, die ihren Lebensmittelpunkt schon fest fixiert hatten.

Der Kreis derjenigen, der sich dazu berufen fühlte als Grenzpolizist Teil der Polizei zu werden, war also **klein**.

Sechs Monate und viele Prüfungen später stießen die ersten Grenzpolizisten zu uns. Hoch motiviert und voller Tatendrang versuchten die „Jungen“ den „alten Hasen“ alles Wichtige für den Außendienst an der Grenze bzw. bei der AGM herauszuzocken.

Von Italien nach Österreich mit dem Zug zu fahren, um dort das erste Mal **Menschen zu kontrollieren**, aber

auch Abschiebefahrten in die verschiedensten Bundesländer waren zu erledigen. Schnell mussten die Inspektoren/Grenze in die tägliche Arbeit eines Polizisten einer AGM Dienststelle hineinfinden.

Inzwischen hat sich die Gesamtlage betreffend der Flüchtlingsströme beruhigt und auch viele neue „Grenzer“ haben zu uns gefunden.

Die Zuteilungen zur Grenze konnten Großteils aufgehoben werden und die Dienststellen füllen sich wieder mit Kollegen.

Ich denke, für uns alle war die Überlegung, neue Kollegen/innen für den Grenzdienst auszubilden, auf jeden Fall eine Bereicherung.

Sollte sich die Situation nicht wieder schlagartig ändern, muss wohl im Moment keiner an die Grenze, denn dort sind inzwischen österreichweit etwa 800 „Neue“, welche die Aufgaben wahrnehmen.

Bis Ende 2018 werden vermutlich noch Neuaufnahmen im Bereich der Grenzpolizei erfolgen.

Doch was passiert danach? Kommt nochmals eine Flüchtlingswelle auf uns zu?



Werden die Kollegen eine zusätzliche Ausbildung erfahren und irgendwann vollwertige Polizisten? Wie wird die Ausbildung aussehen? Was dürfen die Kollegen bis dahin tun?

Die größte Frage lautet aber: **Für welche Einsätze und Aufträge dürfen unsere Grenzpolizisten eingesetzt werden?**

Ihrer Ausbildung zufolge ist die Einsatzmöglichkeit stark eingegrenzt und auf den Grenzdienst limitiert!

Doch beginnen einzelne Bundesländer (mit stillschweigender Zustimmung des BM.I?) damit, die Kollegen/innen z.B. auf die Langwaffe zu schulen oder Ihnen **Ermächtigungen** für den Verkehrsdienst (Lasermessungen) zu erteilen, um sie in der Folge im **alltäglichen polizeilichen Außendienst** einzuteilen.



Da stellt sich zum Schutz aller die Frage, ob ein solches Vorgehen wirklich zielführend ist? Weiters fragen wir uns, ob der Dienstgeber damit eine weitere Ausbildung einfach umgehen will?

Wir von der AUF sind strikt gegen solche Vorgangsweisen! Wir fordern für unsere Grenzpolizisten eine **rasche, vollständige und sorgfältige Ausbildung**, so wie sie jeder von uns bereits genossen hat.

Mankos, die nur von der Dienstgeberseite verursacht wurden, dürfen nicht Grund dafür sein, dass Kollegen/innen darunter zu leiden haben.

Ausbildung ist eines der Fundamente der polizeilichen Arbeit. Desto mehr Wissen man sich aneignen kann, desto besser wird das polizeiliche Handeln sein und jeder wird davon profitieren.

Trotz aller noch ungeklärter Fragen sind wir froh, die neuen Kolleginnen und Kollegen bei uns begrüßen zu dürfen, meint

euer Markus



Sport- und Gymnastiktasche



Marke **COAL**
Material: Polyester
In rot, blau oder schwarz
ca. 44 x 34 cm
zwei weiße Doppelschnüre (Kordelzug)
zusätzliche Reißverschlusstasche
waschbar

Aktionspreis:
~~€ 9,90~~

€ 6,90

Tablet und Notebook-Tasche

für Tablet-PCs mit 10"
sowie iPad Pro 9.7 und iPad Air 2

Marke **COAL**
Material: echtes Leder und reine Wolle (Filz)
Farben: schwarz- hellgrau, braun-hellgrau
Haupttasche mit zwei Druckknöpfen verschließbar
2 Fronttaschen für Zubehör
Modernes, ansprechendes Design
wasserdicht, rutschfest, antibakteriell
Versandkosten: € 3,20



Sonderpreis
für die Polizei

€ 24,90

Freeman, Reichsbürger und andere selbsternannte Anarchisten!

Leider kommt es immer wieder zu Amtshandlungen mit Personen, die sich selbst **außerhalb der österreichischen Rechtsordnung** sehen, aber nicht davor zurückscheuen, die Sozialleistungen unseres Staates in Anspruch zu nehmen.

Leitfäden zum Umgang mit diesen Menschen gibt es zu Hauf. Jetzt wurde auch ich zum persönlichen Feindbild eines dieser „Gesetzlosen“.

Nach einer Amtshandlung, bei der ich einen Randalierer wegen Störung der Ordnung und Lärmerregung angezeigt hatte, scheute dieser nicht davor zurück mich bei der Staatsanwaltschaft Korneuburg wegen Verleumdung und Amtsmissbrauchs anzuzeigen.

Völlig klar, dass er mich durch vorsätzlich falsche Angaben einer möglichen Strafverfolgung ausgesetzt hat.

Erwartungsgemäß wurde die Strafverfolgung gegen mich eingestellt.

Nun stellte sich für mich die Frage, warum die Staatsanwaltschaft



Johannes Rochl
Bundesvorstandsmitglied der FEG

keinen Strafantrag wegen Vortäuschung einer gerichtlich strafbaren Handlung gestellt hat.

Nach Rücksprache mit meinem Rechtsanwalt teilte mir dieser mit, dass es eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des BM.I, des BMJ und der Anwaltskammer gäbe, die sich mit dieser neuartigen Erscheinungsform des Anarchismus beschäftige und dass beabsichtigt sei, die Strafen für

diese neuartige Tätergruppe massiv zu erhöhen.

Außerdem habe die Staatsanwaltschaft den gegenständlichen Sachverhalt bereits geprüft und sei offensichtlich zu der Ansicht gekommen, hier **keinen** Strafantrag wegen Vortäuschung einer mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlung zu stellen.

Als Polizeibeamter mit über 30 Dienstjahren wage ich zu behaupten, über ein gesundes Rechtsempfinden zu verfügen, und ich habe mich entschlossen - bis zu einer für alle Exekutivbeamten zufriedenstellenden Lösung - selber Strafanzeige wegen Verleumdung und Vortäuschung einer mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlung gegen den selbsternannten Anarchisten zu stellen.

Nach erfolgter Akteneinsicht werde ich Anzeige bei der StA Korneuburg erstatten und euch über den Ausgang des Verfahrens und der für mich nicht zufriedenstellenden Vorgangsweise durch die StA berichten, verspricht

euer Johannes



ALLES WAS RECHT IST!

Früher in der „guten alten Zeit“ wurde auf die Einhaltung auf Recht und Ordnung penibel geachtet und die Polizei war ob ihrer Aufgabe bei der Bevölkerung und bei den Gerichten hoch angesehen.

Heute scheint es genau umgekehrt zu sein!

Die Veränderung, der Umsturz kann gar nicht rasch genug erfolgen! Es gilt, alles zu hinterfragen und unumkehrbare Fakten zu schaffen. Nach linkem Geist gehört die Ära des Kapitalismus ja mit revolutionärem Umsturz überwunden.

Alles was dem im Weg steht, wird geschwächt und letztlich demonstriert!

Und darum frage ich mich als Polizist, welcher ja noch immer die Aufgabe hat, die bestehende Ordnung zu bewahren und zu verteidigen, ob ich hier nicht **im Wege stehe** und deshalb den beabsichtigten linken Veränderungen ein Dorn im Auge bin?

... ob ich als Polizist nicht deswegen, einer durch die Institutionen gewanderten alt 68iger Generation und deren „Kindern“, zum Feind geworden bin?

Als Mensch unverschuldet, alleine, weil die Uniform und die Aufgaben, welche die Polizei repräsentiert, in dieser Ideologie verhasst ist?

Neben den Medien, die ja bekanntermaßen nahezu vollständig vom linken Zeitgeist durchdrungen deren stärkstes Instrument ist, spielt gerade die Justiz hier eine wichtige Rolle!



Robert Rathhammer
Landesvorsitzender
AUF Niederösterreich

Dabei wäre es aber falsch, von einer zur Gänze durch linke Ideologie durchsetzten Justiz zu sprechen. Gerade in der Justiz zeigt sich eine deutliche Beharrung und Besinnung auf die ureigentliche Aufgabe, Rechtsfriede durch Vollzug der Gesetze zu schaffen, gegeben.

Aber immer wieder kommt es auch vor, dass selbst Höchstgerichte der Versuchung unterliegen, „Politik“ zu machen!

So zum Beispiel bei der prozentuellen Festsetzung für zweisprachige Ortstafeln. Oder aber bei Urteilen, wo die „Spezial- und Generalprävention“ zur praktischen Auswirkung auf die „Allgemeinheit genutzt bzw. benutzt“ wird!

Und ganz besonders hier scheint die Institution „Polizei“ im Visier eines nicht unbedeutenden Teils der Strafjustiz zu sein. Die Auswirkungen betreffen aber immer den Menschen in Uniform, den Polizisten!

Ist in diesem Zusammenhang überhaupt noch der Anspruch einer unvoreingenommenen Rechtsprechung gerechtfertigt? Gilt hier noch der Grundsatz des Urteils mit Augenbinde?

Ist diese zumindest bei einem Teil der Gerichte auf einem Auge ver-rutscht?

Wie ist es sonst an Beispielen, die ein Buch füllen würden, zu erklären, dass Polizisten vor Gericht keine Glaubwürdigkeit mehr geschenkt wird? Wenn in Gerichtsverfahren einschlägig verurteilten Rechtsbrechern (Verleumdung, falsche Zeugenaussage) mehr geglaubt wird, als einem unbescholtenen Polizisten?



Ja, selbst einem geistig abnormen Rechtsbrecher, der rechtskräftig zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt wurde und im Maßnahmen-

vollzug war, vor einem Staatsanwalt die gleiche Glaubwürdigkeit zukommt wie einem Polizisten?

„Es ist unverständlich, dass Verdächtige und Verurteilte eine bessere Schutzwürdigkeit genießen als Polizisten.“

Auch wenn es sich nur um einen kleinen Teil der Justiz handelt, welche Auswirkung hat diese Art der Rechtsprechung, auf die Allgemeinheit, auf die Polizei? Wie wirkt sich dies auf die Moral aus?

Auf die Moral jener, die dieser Gesellschaft Stabilität geben (sollen), und vielleicht gerade deshalb im Fokus der LINKEN stehen?

Wird eine demokratische Gesellschaft, noch wie in der Verfassung vorgesehen, von gewählten Vertretern, die ihren Wählern auch verantwortlich sind, gelenkt?



Oder bemächtigt sich hier eine Institution des Staates einer Aufgabe, die der Kontrolle des Souveräns gerade für ihre bestimmungsgemäße Aufgabe entzogen ist?

Einer Aufgabe, die dieser eben gar

nicht zusteht?

Vielleicht aus ideologischen Gründen, die sonst auf demokratischem Wege nicht oder nicht schnell genug, umzusetzen sind?

Ist die Polizei mit ihrer Aufgabe die Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu schützen zum Feind der Linken geworden?

Ist deshalb ein Angriff auf einen Polizisten in der heutigen Zeit zum Kavaliersdelikt geworden (Diversion)?

Wer hilft der Polizei? Wer hilft dem Menschen in Uniform?

Das fragt sich als Polizist immer wieder

euer Robert RATHAMMER

AUF Personalvertreter in NÖ

Kurz angemerkt.

Ich lasse nicht jeden Fremden in meinem Haus wohnen, egal ob Österreicher oder Ausländer!

Bin ich jetzt ein Menschenfeind?

Darf man „Ausländer“ überhaupt sagen?

Hab ich jetzt jemanden beleidigt oder gar entwürdigend behandelt?

Ich freue mich, wenn ein österreichischer Sportler in einem Wettkampf gewinnt?

Bin ich jetzt ein Nationalist?

Ich liebe mein Heimatland Österreich!

Ist es schlecht ein Patriot zu sein?

Ich bin dafür, dass ausländische Straftäter aus unserem Land verwiesen werden!

Bin ich jetzt ein Rassist?

Ich unterstütze den Weg der AUF/FEG und FPÖ in Österreich!

Bin ich jetzt ein dummer Rechtsextremer?

Warum stelle ich mir all' diese Fragen, obwohl sich meine Einstellung in den letzten 20 Jahren nicht verändert hat? Bin ich jetzt plötzlich ein schlechter Mensch, weil es Andere sagen?

Habt Mut zu eurer Meinung zu stehen, meint

eure Irene Eisenhut

AUF Niederösterreich

Erneut ein Hit -Der Kinderschikurs 2017 der PSV Graz

Trotz frühlingshafter Temperaturen und Schneemangel in den Alpen konnte der traditionelle Kinderschikurs der Polizei-SV Graz wie geplant, vom 2. bis 5. Jänner 2017 auf der Weinebene durchgeführt werden, da einwandfreie Kunstschnepisten einen ungetrübten Schibetrieb ermöglichen.

Bei den 49 teilnehmenden Kindern, im Alter zwischen 4 und 15 Jahren, herrschte am ersten Tag große Vorfreude und Spannung auf die Schiwoche.

Mit dieser gelungenen Sportveranstaltung konnte der Beginn des Sportjahres 2017 eingeleitet werden.

Die Kinder wurden täglich mit einem Bus auf die Weinebene gebracht und dort ganztägig unter der Leitung von Herwig Kreuzer und den SkilehrerInnen Claudia Wimpler, Claudia Schabus, Lisa Achatz, Josef „Pepe“ Egger, Wolfgang Ritzinger, Christian Hammer und Erhard Krugfahrt in den einzelnen Leistungsgruppen betreut.

Dieses Jahr konnte Lackner „Heik“ Wolfgang krankheitsbedingt leider nicht dabei sein, erkundigte sich aber fast täglich telefonisch über den Fortschritt der einzelnen Skigruppen.

Wie sehr sich besonders die drei Kolleginnen (Achatz, Schabus, Wimpler) für die Skianfänger einsetzen, war auch daran zu erkennen, dass selbst

die Kinder, die das erste Mal auf den Skiern standen, bereits am 2. Tag den langen Zauberteppich bzw. sogar den Schleplift benutzen konnten.

Die hervorragende und vor allem professionelle Arbeit des gesamten Skilehrerteams wurde auch von einigen fremden Personen erkannt, die sich erkundigten, wer der Veranstalter dieses Kurses ist, da sie auch ihre Kinder bei uns anmelden wollten.



Die Skilehrerinnen von li. n. re.: Claudia Wimpler, Lisa Achatz u. Claudia Schabus

Höhepunkt war wie immer das Abschlussrennen am letzten Tag vor den zahlreich mitgereisten und begeisterten Eltern, Verwandten und Freunden.

Obwohl in den ersten 3 Tagen das Wetter sich von seiner besten Seite zeigte und es jeden Tag fast pausen-

los strahlenden Sonnenschein gab, herrschte ausgerechnet am Tag des Rennens mäßig starker Wind und klirrende Kälte.

Dem Wetter zum Trotz konnten die Skilehrer mit Aufwärmübungen und einem extra Gummibären, als Kraftspender vor dem Start, die Kinder zu Bestleistungen motivieren.

Alle Kinder, sogar die jüngsten Anfänger, meisterten das Rennen auf der

eisigen und steilen Piste bravurös.

Es gab keine Stürze, lediglich den einen oder anderen kleinen Torfehler.

Die anschließende Siegerehrung fand in der „Göslershütte“ statt, bei der jedes Kind vom Obmann der PSV Graz, Manfred Pfennich, persönlich mit einer Urkunde und die ersten drei jeder Klasse zusätzlich mit Medaillen ausgezeichnet wurden.

Die Ergebnisliste des Rennens und die strahlenden Siegerfotos der Kinder gibt es unter www.polizeisv-graz.at

euer

Josef Egger

PI Graz-Kärntnerstraße



von links: Claudia Schabus und Claudia Wimpler



SICHERE STEIERMARK

Am 18.04.2017 fand im Mediensaal des steirischen FPÖ Landtagsklubs eine Pressekonferenz zum Thema „Sichere Steiermark“ mit dem steirischen LPO Mario KUNASEK, LH-StV Johann TSCHÜRTZ aus dem Burgenland und dem steirischen AUF-Landesvorsitzenden Reinhold MAIER statt.

Doch leider blieb es nur beim Versprechen. Wenn man die Dienststände aus dem Jahr 2010 mit denen aus 2017 vergleicht, sind diese weder auf dem Papier noch auf den Dienststellen zu erkennen.

Sich immer politisch in den Medien feiern zu lassen, aber nichts für die Polizei umzusetzen, ist für die Sicher-

Deshalb werden seitens der FPÖ und der AUF Steiermark wiederholt 300 Polizisten „mehr“ gefordert, um endlich die Schere zwischen systemisierten, tatsächlichen und dienstbaren Personalstand schließen zu können.

Weiters muss es zukünftig auch einen eigenen **Planstellenpool** geben, um zum Beispiel auf die ständig steigende Anzahl von Karenzierungen, Herabsetzungen der Wochendienstzeit, aber auch auf Zuteilungen zu Sondereinheiten, unmittelbar reagieren zu können.

Auch dieser „Pool“ wurde bereits vor vielen Jahren angekündigt, die Umsetzung fehlt jedoch aufgrund des fehlenden Personals bis heute.

Die steirische Polizei leistet täglich sehr gute Arbeit für die Sicherheit der steirischen Bevölkerung, und das jedoch bei immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen.

Deshalb ist die Umsetzung der eingebrachten Initiative und der Anträge ein erster Schritt zum Schutz der eingesetzten Polizisten und in weiterer Folge der steirischen Bevölkerung,

euer Reinhold Maier



Veranlasst hat diese Pressekonferenz die **prekäre Personalsituation der Polizei in der Steiermark**, worauf jedoch von uns schon vor Jahren hingewiesen wurde.

Doch von den regierenden Parteien von ÖVP und SPÖ wurde dieses Thema lange **schöngeredet** und oft den Medien falsche Zahlen präsentiert.

Auch von unseren Mitstreitern FCG und FSG war lange nichts zu hören – diese waren eben ihren regierenden Parteien **hörig** und haben den Ball bei diesem Thema zu lange **„flach gehalten“**.

Weiters wurde bereits 2010 vom damaligen LH-StV und jetzigen LH Hermann SCHÜTZENHÖFER und der damaligen BM Maria FEKTER der Steiermark **300 Polizisten „mehr“** versprochen.

heit der Steiermark und den eingesetzten Kollegen, welche täglich ihren Kopf für die Sicherheit der Bevölkerung hinhalten müssen, zu wenig.





HC Strache
FPÖ-Klubobmann

Walter Rosenkranz
FPÖ-Sicherheitssprecher

Werner Herber
FPÖ-Sprecher für den öffentlichen Dienst

Starke Polizei. Sichere Heimat.

Sehen wir den Tatsachen ins Auge: Durch Flüchtlingswelle, radikalen Islamismus und Terror müssen wir die Lage in Österreich völlig neu beurteilen. Wir müssen sicherstellen, dass die Polizisten - unsere Profis für die innere Sicherheit - auf diese Veränderungen gut vorbereitet reagieren können. Wir stehen dazu: sofortiges „Ausrüstungs-Upgrade“ für unsere Polizei, gerechte Entlohnung der berufsspezifischen Mehrbelastungen, 5.000 neue Exekutiv-Planstellen/Aufnahmeoffensive.